

Münchner Stadtgespräche

Agrar- industrie

Welchen Preis zahlt unser Essen?



BIO VS KONVENTIONELL
Ist Bio wirklich
besser?

FLEISCHINDUSTRIE
Deutsches
Dumping-
Schlachten

KARTOFFELLIEBE
Solidarische
Landwirtschaft



MÜNCHNER AGENDA 21



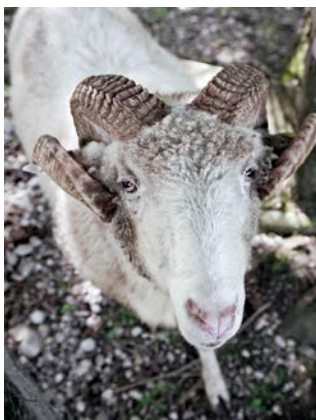
Alles öko!

München zählt zu den größten Biobauern in Bayern

Die Stadtgüter München bewirtschaften die landwirtschaftlichen Grundstücksvorratsflächen der Stadt. Dabei erhalten und gestalten sie auf 2500 Hektar Betriebsfläche die bäuerliche Kulturlandschaft in München und der Region. Gemäß ihrer Satzung sind sie verpflichtet, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und dauerhaft zu verbessern, heimische Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume zu schonen und zu erhalten.

So werden alle Stadtgüter extensiv und nachhaltig, sechs der Betriebe sogar nach den ökologischen Grundsätzen der Anbauverbände Naturland und Bioland bewirtschaftet. Damit zählt München mit zu den größten Biobauern Bayerns.

Langjährige Tradition



Mit dem Betrieb von Biogas- und Fotovoltaikanlagen sorgen die Stadtgüter München für eine umweltschonende Energieerzeugung. Auf dem Gut Karlshof im Norden Münchens mit seinen beiden Betriebsteilen Gut Obergrashof bei Dachau und Gut Zengermoos bei Moosinning wurde nach den Richtlinien der EU ein Umweltmanagementsystem „EMAS-Zertifikat“ eingeführt. Dabei wurde der Betrieb im Hinblick auf

das Umweltverhalten durchleuchtet und alle Anlagen, Verfahrensschritte und Abläufe überprüft und optimiert.

Unter anderem wurde dem Gut Karlshof eine Vorbildfunktion im Bereich Erzeugung und Verwendung regenerativer Energien bescheinigt. Durch die Pflege von 123 Hektar ökologischer Ausgleichsflächen tragen die Stadtgüter München zum Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft bei.

Vor bereits 100 Jahren begann die Stadt München mit dem Gut Karlshof, Ackerland zu erwerben. Heute bestehen die Stadtgüter München aus zehn Gutsbetrieben mit einer Gesamtfläche von über 2500 Hektar in und um München.

TEXT Referat für Arbeit und Wirtschaft
Kommunalreferat Landeshauptstadt München

FOTOS Georg Szabo Photography

Münchner Krautgärten

Im Rahmen des Projekts „**Münchner Krautgärten**“ stellt das städtische Gut Riem Münchner Familien Parzellen zur Verfügung. Sie bieten damit Münchnerinnen und Münchnern jeden Alters die Möglichkeit, sich mit erntefrischem Gemüse und Salat aus dem Eigenbau selbst zu versorgen. Hier erfüllt sich der Traum vieler Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner von einem eigenen Gemüsegarten. Die Parzellen, die sich an verschiedenen Standorten vor allem im Osten Münchens befinden, sind in den Größen 60 m² und 30 m² verfügbar.

Wer Hilfe beim Gärtnern braucht, kann sich an das Krautgartentelefon (089/324686-18, Montag 12 bis 17 Uhr) der Stadtgüter München wenden.

Editorial

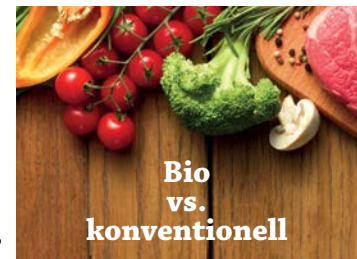
Liebe Leserinnen und Leser,

der Kontrast könnte wirklich nicht größer sein: In der Fernsehwerbung pflücken glückliche Menschen die Orangen für unseren Frühstückssaft, Kühe grasen zufrieden auf bunten Blumenwiesen und selbst das Wasser in der Plastikflasche kommt direkt aus der naturbelassenen Gebirgsquelle.

Doch der Blick hinter die Kulissen unserer Nahrungsmittelindustrie lässt diese Hochglanzbilder schnell verblassen. Denn von den mehr als 750 Millionen Tieren, die in Deutschland pro Jahr getötet werden, hat kaum eines je das Sonnenlicht gesehen. Und das gilt auch für unser Obst und Gemüse, das zwar äußerlich perfekter nicht sein könnte, jedoch voller Schadstoffe stecken kann. In dieser Ausgabe zur Agrarindustrie möchten wir zeigen, wie hoch der wahre Preis unserer Lebensmittel ist – und wer ihn bezahlen muss.

Mut macht, dass sich zunehmend auch Alternativen zur agrarindustriellen Massenproduktion etablieren: Am Beispiel des Münchner Kartoffelkombinats (*Seite 20*) sehen wir, wie eine solidarische Landwirtschaft aussehen könnte und „Saatgutretterin“ Annette Holländer (*Seite 10*) zeigt, wie alte und fast vergessene Sorten unseren Speiseplan bereichern können, und zwar ganz ohne Gift und Gentechnik.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht
Joy Mann



07



16



20

Inhalt

- | | |
|---|--|
| 02 Alles öko!
München zählt zu den größten Biobauern in Bayern | 16 Minilöhne & undurchsichtige Strukturen
Interview mit Eduard Häring von der Gewerkschaft NGG |
| 04 Die Party ist vorbei
Die Zukunft der industriellen Landwirtschaft | 18 Der Soja-Wahnsinn
Wie Gen-Soja den Menschen und der Umwelt schadet |
| 07 Bio vs. konventionell
Sind Bio-Lebensmittel wirklich besser? | 20 Kartoffelliebe
Solidarische Landwirtschaft in München |
| 10 Annettes bunte Schützlinge
Die Renaissance der alten Sorten | 21 Nomaden und Landschaftspfleger
Die Schäferereignossenschaft Finkhof |
| 12 Free Trade statt Fair Trade?
Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP | 22 Land Grabbing
Der Kampf um Ackerland und das Recht auf Nahrung |
| 14 Deutsches Dumping-Schlachten
Das Geschäft mit Mast- und Schlachthanlagen boomt | 24 Impressum, Kontakte, Termine |



Die Party ist vorbei

Die Zukunft der industriellen Landwirtschaft

Die industrielle Landwirtschaft sägt an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Um Mord und Totschlag im Kampf um die natürlichen Ressourcen zu verhindern, muss das Agrar- und Öko-Entwicklungsland Europa lernen, sich ohne fremde Hektar und Monokulturen zu ernähren und fortzubewegen.

Bauernhöfe statt Agrarfabriken lautet eine der Parolen in der gegenwärtigen Debatte um die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, kurz GAP. Neben der US-amerikanischen „Farm Bill“, die derzeit ebenfalls erneuert wird, ist die GAP die vielleicht wichtigste politische Weichenstellung für die weltweite Agrarpolitik. So bedeutend die Ziele und Konzepte der Agrarministerien Chinas und Indiens, Brasiliens und Russlands sind – noch prägen Brüssel und Washington den Weltmarkt der Agrarrohstoffe.

Dass „business as usual“ weltweit keine Option mehr ist und die landwirtschaftlichen Methoden der vergangenen 60 Jahre nicht nur überholt sind, sondern längst begonnen haben, ihre eigenen Grundlagen zu zerstören, gilt in der internationalen Agrarwissenschaft und Entwicklungspolitik mittlerweile als ausgemachte Sache. Doch in der Agrarpolitik der EU und der USA ist diese Erkenntnis leider noch nicht an-

gekommen. Ungestraft und nahezu ungebrochen ignorieren die Lobbygruppen, die dieses Geschehen bestimmen, die Zeichen der Zeit. Zum 50. Geburtstag der gemeinsamen EU-Agrarpolitik im Jahr 2012 gilt wortgleich noch immer das Ziel, das ihre Gründerväter Ende der 1950er-Jahre in den Römischen Verträgen festgeschrieben haben: „die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern.“

Seither ist die Zahl der Landwirte in Deutschland von knapp zwei Millionen auf weniger als 300.000 geschrumpft, ist die Weltbevölkerung von drei auf sieben Milliarden angewachsen und hat sich die globale Agrarproduktion mehr als verdreifacht. Dies gelang unter anderem um den Preis einer Verachtfachung des Verbrauchs an Mineraldünger, der Vervierfachung des Pestizideinsatzes und einer Verdreifachung der bewässerten Ackerflächen.

All dies liegt in den meisten Regionen der Welt längst jenseits des vertretbaren Maximums. 70 Prozent des gesamten Süßwasserverbrauchs beansprucht hier bereits die Landwirtschaft. Die großen Flüsse Chinas und Indiens sind vergiftet, maritime Todeszonen liegen in der Ostsee ebenso wie vor den Mündungen des Mississippi, des Mekong und des Gelben Flusses.

Effizienzsteigerung allein packt es nicht

Die Ausweitung der seit 1960 zusätzlich unter den Pflug genommenen Flächen erscheint auf den ersten Blick mit knapp 15 Prozent vergleichsweise moderat. Erst wer sich klar macht, dass diese Steigerung, die sich heute vor allem in tropischen Gebieten auf Kosten von dringend benötigtem Regenwald abspielt, einen vielfachen, unwiederbringlichen Verlust an fruchtbarem Boden kaschiert, erkennt auch hier die Dramatik des Vorgangs: Die Party ist vorbei, unsere Reserven sind erschöpft. Für die Tricks der vergangenen Jahrzehnte steht Mutter Erde nur einmal zur Verfügung.

Die Aufgabe, heute sieben und ab der Jahrhundertmitte etwa neun Milliarden Menschen in Zeiten von Artensterben und Klimawandel nachhaltig zu ernähren, stellt eindringlicher als jeder andere Wirtschaftsbereich die Frage, wie mehr Wohlstand, wenigstens jedoch die Überwindung von Hunger und Trinkwassermangel, mit weniger Umsatz möglich ist. Wollen wir vermeiden, dass diese Herausforderung zu globalem Mord und Totschlag im Kampf um schwindende natürliche Ressourcen führt, bleibt uns nur radikales Umdenken und Handeln. Effizienzsteigerung allein, so wichtig sie als erster Schritt ist, wird es nicht richten.

Darüber hilft kein wolkiges Gefasel von „grünem Wachstum“ hinweg, keine „nachhaltige Intensivierung“ oder was sonst die Waschmir-den-Pelz-und-mach-mich-nicht-nass-Semantik zur Vermeidung der Einsicht in einfache Wahrheiten an Nebelkerzen bereit hält: Nur die substanzielle Reduktion des Energie-, Emissions- und Stoffumsatzes in absoluten Zahlen und gerade im industrialisierten Norden pro Kopf wird uns aus dem Schlamassel führen.

Nach allem, was wir bisher in Bezug auf die politische Steuerungsfähigkeit von zumal global verfassten Märkten wissen, wird dies nicht von selbst geschehen und kein Ergebnis marktwirtschaftlicher Selbstregulation sein. Die unvermeidbare, radikale Umgestaltung der globalen wie der vielen und vielfältigen regionalen und lokalen Agrarmärkte ist eine öffentliche Aufgabe. Sie bedarf kluger staatlicher Intervention und Lenkung und effektiver, gemeinsamer gesellschaftlicher Verantwortung. Wenn schon nicht Klugheit und Effizienz, so sind doch staatliche Interventionen in der Agrarpolitik durchaus die Regel und nicht die Ausnahme.

Unabhängig von Importen, aber ohne Monokultur

Der Anspruch, „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ einzusetzen, wie Agrarpolitiker(innen) dies im Zusammenhang mit der GAP heute gerne fordern, ist deshalb keineswegs neu. Dass dabei auch öffentliche Umweltgüter erreicht werden sollen, ist, wie viele von ihnen recht un-

verblümt zugeben, eher ein unvermeidlicher Tribut an die „gesellschaftliche Akzeptanz“.

Fast 60 Milliarden Euro an Steuermitteln fließen seit Jahren in die europäische Agrarpolitik und finanzieren dabei in erster Linie die Rendite des Grundeigentums, weitere Rationalisierungen der Produktion auf Kosten der ökologischen Effizienz sowie ein unüberschaubares Geflecht „historischer Ansprüche“ von Agrarunternehmen.

„Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ auszugeben hieße dagegen, zuvörderst die Auswirkungen der Landwirtschaft auf Klimawandel und Artensterben radikal zu reduzieren, systematische Über- und Fehlernährung auf der einen und Hunger auf der anderen Seite zu vermeiden. Es hieße, die Arbeitsintensität zu steigern und den Ressourcenverbrauch zu minimieren. Die Mittel würden in die Erhaltung von Kulturlandschaften, von Ernährungswissen und Traditionen, von Arbeitsplätzen an der Schnittstelle von Lebensmittelproduktion und ökologischen Dienstleistungen investiert und nicht zuletzt in die Fähigkeit der Europäischen Gemeinschaft, sich wieder selbst zu ernähren, anstatt vom ökologisch und sozial zerstörerischen Import von Futtermitteln aus aller Welt abhängig zu bleiben. Bei der Gelegenheit ginge es schließlich auch darum, unseren in jeder Hinsicht irrwitzigen Fleischkonsum zu reduzieren und dabei viel menschliches und sehr viel tierisches Leid zu vermeiden.

Mit Sicherheit heißt „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ nicht, Monokulturen zur Herstellung von sogenanntem Biosprit und/oder Biogas mit öffentlichen Agrarmitteln und obendrein über unsere Stromrechnung doppelt zu subventionieren, obwohl ihre Klimawirkung negativ ist, sie die Konkurrenz von Tank und Teller anheizt und zu Spekulation mit Agrarprodukten und Boden, in der EU und weltweit, einladen.

Von Traum und Trugschluss

Als erstes Ziel europäischer Agrarpolitik lässt sich festhalten: Alle Bürger(innen) sind mit einem gesunden Maß an Lebensmitteln zu versorgen, und dabei gilt es pro Kopf nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen, als jeder Erdenbürgerin und jedem Erdenbürger nachhaltig zur Verfügung stehen.

Von einem solchem Weltniveau sind wir heute meilenweit entfernt. Sollte es uns im Laufe der kommenden zwei bis drei Jahrzehnte gelingen, hier den Anschluss an den Weltdurchschnitt zu schaffen, wäre es möglich, die besonders günstige Klima- und Wasserlage, in der sich das nördliche Europa befindet, dafür einzusetzen, Knappheit in anderen Weltregionen zu lindern. Dergestalt zur Bekämpfung des Hungers in der

„Wir sollten uns vor dem fatalen Trugschluss hüten, Beschleunigung und Rationalisierung seien Triebfedern von Innovation und Fortschritt“



Welt beitragen zu können – das ist für das Agrar-Entwicklungsland Europa heute freilich noch ein ferner Traum.

Wie soll all dies auf „bäuerliche“ statt „industrielle“ Art und Weise gelingen? Sind zur Bewältigung dieser gewaltigen Herausforderungen an die Landwirtschaft nicht alle verfügbaren und erdenklichen technologischen Innovationen erforderlich? Ganz gewiss.

Wir sollten uns jedoch über deren Möglichkeiten im Laufe von nicht einmal zwei Generationen keinen Illusionen hingeben. Vor allem sollten wir uns vor dem fatalen Trugschluss hüten, Beschleunigung und Rationalisierung – zumal im Sinne der Ersparnis menschlicher Arbeitskraft durch den Einsatz von Energie und Material – seien Triebfedern von Innovation und Fortschritt. Kurz- und mittelfristig dürften wir die größten Erfolge einerseits vom Verzicht auf Überflüssiges erwarten – angefangen mit dem Skandal, dass wir fast die Hälfte unserer Lebensmittel wegwerfen bis hin zu der simplen Wahrheit, dass wir hierzulande im Schnitt ein Drittel mehr Kalorien zu uns nehmen als notwendig.

Ähnliches gilt bezüglich der Nährstoffkreisläufe von Pflanzen und Tieren in unseren Landwirtschafts- und Ernährungssystemen und für die Energieeffizienz einer angeblich modernen Landwirtschaft. Gefragt sind hier Fähigkeiten, die in den vergangenen Jahrzehnten der Spezialisierung und Entwicklung einseitiger Spitzentechnologien wenig gepflegt wurden: das Zusammendenken und Erfassen komplexer Zusammenhänge. Keine Zunft hat diese Fähigkeit traditionell so sehr gepflegt wie der Bauernstand und seine Hauswirtschaft im umfassenden Sinne.

Das postindustrielle Konzept kleinbäuerlicher Landwirtschaft

Natürlich sind einer solchen vorkapitalistischen bäuerlichen Haushaltsführung, die mehr auf Sparsamkeit und Risikominimierung denn auf größtmöglichen Ertrag bei maximalem Risiko setzt, gewaltiges zusätzliches Wissen und mächtige neue Technologien zugewachsen.

Selbstredend geht es nicht darum, in jene Art vor-fossiler Landwirtschaft zurückzufallen, die knapp ein Drittel der gesamten Fläche zur Energieversorgung von Pferden und anderen Zugtieren einsetzte. Doch die Zeiten, in denen die Hektarerträge sich alle 15 Jahre verdoppelten und der Energieaufwand dafür sich in der gleichen Zeit vierfachte, sind ein für alle Mal vorbei. Die Zukunft unserer Lebensmit-

tel- und Landwirtschaft liegt in der Optimierung der Effekte auf allen Ebenen: in erster Linie ihrer umfassenden Ernährungs- und Öko-Effizienz, in zweiter Linie in ihrer Wirksamkeit bei der Armutsbekämpfung und Schaffung menschenwürdiger Existenzen, und last but not least in ihrer gesundheitlichen und kulturellen Wirkung.

Die Forderung „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ steht so gesehen für ein postindustrielles Konzept bäuerlicher, solarer Landwirtschaft, die lokale und regionale Stoff- und Wirtschaftskreisläufe so integriert und optimiert, dass die skizzierten Effizienzschübe möglich werden. Ein solches Konzept enthält dabei möglicherweise auch einen wahrlich neuen Begriff der Wertschöpfung, der materielle, ökologische, soziale und ethische Werte gleichermaßen einschließt und deshalb auch tatsächlich in der Lage ist, Wohlstand ohne Wachstum zu schaffen.

TEXT Benedikt Haerlin
Veröffentlicht in Band 128 der Reihe politische ökologie, oekom Verlag

FOTOS Pixelio / filorosso.de - Manfred Gerber,
Pixelio / H. D. Volz,
Benedikt Haerlin

Zur Person

Benedikt Haerlin, geb. 1957, leitet das Berliner Büro der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und die europäische Kampagne Save Our Seeds.

Der gelernte Journalist hat am Weltagrarbericht mitgearbeitet und war bei Greenpeace International und als Abgeordneter der Grünen im Europaparlament tätig.





Melanie Eben, Referentin für Ökolandbau und Verbraucherschutz am Umweltinstitut München e.V., beantwortet die wichtigsten Fragen zu Lebensmitteln aus ökologischer Landwirtschaft.

Sind Bio-Lebensmittel wirklich gesünder als konventionelle?

Es gibt viele Gründe, warum Bio-Lebensmittel besser für die Gesundheit und dazu noch umweltfreundlicher sind als konventionelle Lebensmittel.

Zum einen sind Bio-Lebensmittel weniger mit gesundheitsschädlichen Agrargiften und Schwermetallen belastet. Auch findet sich in Bio-Gemüse weniger Nitrat, welches in hohen Mengen – verursacht durch intensive Stickstoffdüngung in der konventionellen Landwirtschaft – im Körper zu krebserregenden Nitrosaminen umgebaut wird.

Zum anderen enthalten Bio-Lebensmittel weniger Zusatzstoffe, verursachen somit weniger Allergien und Unverträglichkeiten. Während bei konventionellen Lebensmitteln über

350 Zusatzstoffe erlaubt sind, sind es bei Bio-Lebensmitteln nur 47. Auf künstliche Süßstoffe, Farbstoffe, Geschmacksverstärker, Aromen und Konservierungsstoffe wird dabei fast gänzlich verzichtet.

Wissenschaftliche Studien haben herausgefunden, dass sich durch die geringe Stickstoffzufuhr und das langsamere Heranreifen mehr Vitamine anreichern können, vor allem Vitamin C. Bio-Johannisbeeren weisen zum Beispiel einen höheren Vitamin C-Gehalt auf und können Krebs-Zellen besser blockieren als konventionelle Johannisbeeren. Bio-Äpfel, Kartoffeln und Zwiebeln enthalten deutlich mehr Ballast- und Mineralstoffe sowie Spurenelemente. Bio-Spinat und Tomaten enthalten mehr Vitamin C und mehr Flavonoide, also Antioxidantien, die ebenfalls vor Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs schützen. Bio-Milch, Eier und Fleisch sind reicher an essen-

ziellen Omega-3-Fettsäuren, da die Bio-Tiere mehr Grünfütter und Heu erhalten. Diese Fettsäuren leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag, um Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebserkrankungen zu vermeiden.

Auch ist die Gefahr einer Antibiotikaresistenzbildung in der ökologischen Tierhaltung und somit das Gesundheitsrisiko durch resistente Bakterien wesentlich geringer, da Antibiotika nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Ein weiterer Pluspunkt des Ökolandbaus ist sein wertvoller Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, zur Gesundheit von Böden, sauberem Trinkwasser und der biologischen Artenvielfalt.

Fazit: Verbraucher, die Bio-Produkte kaufen, tun nicht nur etwas Gutes für ihre Gesundheit, sondern fördern gleichzeitig Artenvielfalt und Umweltschutz.

Enthalten Bio-Lebensmittel generell weniger Schadstoffe als konventionelle Produkte?

Ja, Bio-Lebensmittel sind wesentlich weniger mit Schadstoffen belastet, denn im Bio-Landbau ist der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzengiften verboten. Untersuchungen der Lebensmittelüberwachungsbehörde in Baden-Württemberg zeigen, dass Bio-Obst und Gemüse durchschnittlich 200 Mal weniger mit Pestizidrückständen belastet sind als konventionelle Produkte.

So hat das jährliche Ökomonitoring des Landes Baden-Württemberg 2012 festgestellt, dass die Rückstandsgelalte bei Bio-Obstproben im Durchschnitt bei 0,002 Milligramm pro Kilogramm lagen, während konventionelles Obst durchschnittlich 0,4 Milligramm Pestizide pro Kilogramm enthielt.

Leider finden sich aber auch in Bioprodukten Rückstände – wenn auch in sehr geringen Mengen. Diese sind teils durch die allgemein steigende Umweltverschmutzung bedingt oder sie gelangen in die Lebensmittel, wenn Pestizide von konventionellen Flächen auf biologische Felder abdriften.

In konventionell hergestellten tierischen Produkten finden sich oftmals Rückstände von Antibiotika und Hormonen. Ein weiteres Problem sind die Mehrfachrückstände von Pflan-

zengiften auf Obst und Gemüse – allein in Deutschland sind immerhin über 700 Pestizide zugelassen. Welche Wechselwirkungen die Schadstoffe im Körper entfalten, wurde bislang kaum untersucht. Bekannt ist lediglich, dass sich die Wirkung häufig verstärkt und sich negativ auf die Gesundheit auswirken kann.

2012 wiesen 68 Prozent der Gemüseproben und 83 Prozent der Obstproben durch die baden-württembergische Lebensmittelkontrolle Mehrfachrückstände auf – durchschnittlich hatte jede Probe 3,4 bzw. fünf verschiedene Wirkstoffe. Problematisch ist auch, dass die Zahl der eingesetzten und der nachgewiesenen Wirkstoffe stetig zunimmt. So fand die Lebensmittelkontrolle 2009 in konventionellem Obst und Gemüse 171 verschiedene Wirkstoffe; 2012 waren es bereits 219 Wirkstoffe.

Bei welchen Anbaumethoden kann ich mir sicher sein, dass keine Gentechnik verwendet wurde?

Im Ökolandbau ist der Einsatz von Gentechnik verboten, genmanipuliertes Saatgut und Futtermittel sowie Gentechnik in der Verarbeitung von Öko-Lebensmitteln sind nicht erlaubt. Allerdings können Einflüsse von benachbarten Feldern nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Wie Pestizide werden auch Pollen genmanipulierter Pflanzen vom Wind über weite Strecken transportiert. Pro-

dukte ohne Gentechnik sind am „Bio“ oder auch am „Ohne Gentechnik“ Siegel erkennbar (siehe Infokasten).

Gelten für Bioprodukte höhere Tierschutzstandards als für konventionelle Produkte?

Tiere in Biobetrieben haben mehr Platz und erhalten mehr Auslauf und Bewegung. Hochwertiges Biofutter, das für Pflanzenfresser zu mindestens 60 Prozent direkt vom Betrieb kommen muss, ist ebenso geregelt wie die Größe der Tiergruppen, die an die Fläche des Betriebs gekoppelt ist.

Laut EU-Öko-Verordnung darf ein Hof pro Hektar Betriebsgröße beispielsweise 230 Legehennen, 580 Masthühner oder 14 Mastschweine halten; bei den Anbauverbänden Demeter, Bioland oder Naturland sind hingegen nur 140 Legehennen, 280 Masthühner oder zehn Mastschweine pro Hektar erlaubt. Wachstums- oder leistungsfördernde Stoffe wie Hormone sind ebenso verboten wie auch die präventive Verabreichung von Medikamenten wie Antibiotika.

Eingriffe an Tieren wie das Kupieren der Schwänze, das Stutzen der Schnäbel, das Enthornen oder Kastrieren sind unter der EU-Öko-Verordnung und bei den Anbauverbänden Bioland und Naturland nicht erwünscht und wenn, dann nur mit „Schmerzausschal-

Bio ist nicht gleich Bio!

Egal ob EU-, deutsches Bio-Siegel oder die eigenen Bio-Logos von Discountern oder Supermärkten, eines haben alle gemeinsam: Sie müssen die Richtlinien der EU-Öko-Verordnung für den ökologischen Landbau erfüllen. So müssen mindestens 95 Prozent der Zutaten ökologischen Ursprungs sein, Gentechnik, Pestizide und künstliche Düngemittel sind verboten und Tiere müssen artgerecht gehalten werden.

Und dennoch ist Bio nicht gleich Bio: Bio-Anbauverbände wie Bioland, Demeter oder Naturland haben wesentlich strengere Richtlinien. So muss zum Beispiel laut Anforderungen der Anbauverbände der gesamte Betrieb auf ökologischen Landbau umgestellt werden. Laut Reformvorschlägen der EU-Kommission soll dies jedoch in Zukunft auch für das EU-Bio-Siegel gelten.

Wer als Verbraucher höhere Standards und eine biologisch nachhaltige Erzeugung unterstützen möchte, sollte beim Einkauf von Produkten auf Bio-Siegel (siehe Seite 9) achten und seine Einkäufe im Bioladen, Hofladen oder Wochenmarkt tätigen. Konventionelle Discounter bieten zwar auch eine Palette an Bioprodukten an, die die Biostandards erfüllen, wo aber Masse das Hauptkriterium ist, wird auch im Ökolandbau das Maximale aus den Böden und den Tieren herausgeholt.

Tipp: Der Kauf von regionalen und saisonalen Produkten in Hofläden und Wochenmärkten oder das Abonnement einer Öko-Kiste unterstützen kleinbäuerliche Betriebe, artenreiche Kulturlandschaften und das Klima.

Eine vollständige Übersicht der Bio-Siegel gibt es unter der Rubrik „Fragen und Antworten“ auf www.umweltinstitut.org

tung“ erlaubt. Bei Demeter sind hingegen alle Eingriffe am Tier verboten.

Gibt es auch Unterschiede bei der Schlachtung?

Laut EU-Öko-Richtlinie gibt es keine gesonderten Schlachtvorschriften, so dass folglich

bei der Schlachtung nicht zwischen Bio-Haltung und konventioneller Tierhaltung unterschieden wird. Lediglich bei den Transportwegen, die bei Demeter, Bioland und Naturland auf maximal 200 km beziehungsweise vier Stunden beschränkt sind und laut der Verordnung möglichst gering gehalten werden sollen, finden sich Unterschiede zum konventionellen Be-

reich. Dort sind bundesweite Transporte bis zu einer Dauer von acht Stunden, in bestimmten Fällen auch länger, erlaubt.



TEXT Melanie Eben, Joy Mann

FOTOS Fotolia, Umweltinstitut München e.V.

Bio-Labels im Überblick



Deutsches Bio-Siegel

► Kennzeichnet Produkte, die den Kriterien der EG-Öko-Verordnung entsprechen. Wird auf freiwilliger Basis von den Erzeugern und Herstellern genutzt und kann zusammen mit dem EU-Bio-Siegel verwendet werden.



EU-Bio-Siegel

► Für alle in der EU erzeugten Bio-Lebensmittel verpflichtend. Mindestens 95 % der Inhaltsstoffe müssen aus ökologischem Anbau stammen. Maximal 0,9 % gentechnisch verändertes Material ist in den Produkten erlaubt.



Bioland-Siegel

► Die Prinzipien beinhalten die Förderung der Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt, eine wertvolle Lebensmittelerzeugung, den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen sowie die Sicherung einer lebenswerten Zukunft.



Naturland-Siegel

► 1982 gegründet, engagiert sich der Verband weltweit für den Ökolandbau. Schwerpunkte liegen in der Lebensmittelherstellung, Textilherstellung, Kosmetik, Waldnutzung und Aquakultur.



Demeter-Siegel

► Basierend auf anthroposophischen Annahmen von Rudolf Steiner wird biodynamische Landwirtschaft betrieben, Tierhaltung ist obligatorisch. Nur 13 Zusatzstoffe sind in der Verarbeitung erlaubt.



Biokreis-Siegel

► Der Schwerpunkt liegt auf regionalen, lokal verarbeiteten und ökologischen Lebensmitteln. Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen zur Aufklärung der Verbraucher spielen eine wichtige Rolle.

Annettes bunte Schützlinge

Im kleinen oberbayerischen Dorf Antholing liegt der „Garten des Lebens“. Annette Holländer und ihr Lebensgefährte Hans Sondermeier bauen hier Obst und Gemüse für den Eigenbedarf an. Ein paar Hühner scharren munter auf der Wiese und im Glashaus strecken die Brokkolipflanzen ihre lilafarbenen Köpfe empor. Moment mal – lila Brokkoli?



Dieser Brokkoli heißt „Purple Sprouting“, erzählt Annette im Glashaus. „Man kann ihn im Herbst pflanzen und überwintern lassen, das hat sogar bei minus 20 Grad funktioniert. Der Brokkoli ist das erste Gemüse, das bei uns im Frühjahr erntereif ist. Schon Ende März können wir dann frischen Brokkoli ernten, der fantastisch schmeckt. Jetzt im März ist auf den gemulchten Beeten im Freiland noch nicht viel zu sehen. Annette zeigt, wie sie auf dem Fensterbrett kleine Gemüsepflanzen zieht: verschiedene bunte Tomaten und alte Paprika- und Auberginensorten mit möglichst hoher Freilandeiignung. Wenn sie groß genug sind und es draußen wärmer wird, kann sie die jungen Pflanzen ins Gewächshaus oder ins Freie setzen.

„Wir haben mit unserem Garten eine ganzjährige Selbstversorgung mit Gemüse. Wir kaufen das ganze Jahr kein Gemüse dazu – außer Kartoffeln und Zwiebeln, für die wir nicht genug Platz haben. Aber es ist nicht so, dass wir im Winter nur von Kohl und Mohrrüben leben. Ganz im Gegenteil, es gibt wunderbare Wintergemüse bei uns, darunter auch viele Sorten für den Hausgarten, für die man kein beheiztes Gewächshaus braucht. Im Sommer machen wir Sauce aus den eigenen Tomaten und trocknen sie. Wenn wir einen Spinatüberschuss haben oder der Zuckermais reif ist, frieren wir einen Teil ein, so dass dann den

ganzen Winter immer etwas da ist“, schwärmt Annette. Viele der Gemüsesorten, die sie anbaut, kann man im Lebensmittelhandel gar nicht kaufen: „Tomaten sind das Paradebeispiel. Es gibt ganz viele Tomaten, die eine sehr dünne Haut haben, aber einen wunderbaren Geschmack. Sie fallen völlig aus dem Raster der Erwerbsproduktion, weil sie nicht ausreichend transport- und lagerfähig sind.“

Bedrohte Vielfalt

Das Saatgut dieser fast vergessenen, da für den Erwerbsanbau nicht geeigneten Gemüsesorten, hat Annette in deutschen und österreichischen Sortenarchiven gefunden. In ihrem Garten vermehrt sie selbst Saatgut und leistet damit einen Beitrag zum Erhalt der Sortenvielfalt: „Mit jeder Tomate, die ich anbaue und esse, stirbt sie nicht aus.“

Annettes Motivation ist die Liebe zur Natur. Aus der Arbeit in ihrem Garten schöpft sie Kraft und Energie. Belohnt wird sie mit dem vorzüglichen Geschmack von selbst angebautem Gemüse, Obst und Kräutern. Ein großes Anliegen ist ihr, das gärtnerische Kulturgut zu vermitteln, damit es nicht verloren geht: Wie lege ich ein Beet an, wie vermehre ich Saatgut, wie koche ich, wie kann ich konservieren? Auf dem angrenzenden Grundstück betreut sie einen Schulgarten und gemeinsam mit

den Kindern vermehrt sie dort bunte Bohnen. Sie bietet auch Seminare für Erwachsene an, damit der Wunsch nach selbstgezogenen Kräutern und Gemüse Wirklichkeit wird. Selbst auf einem Balkon oder einer Terrasse kann man Saatgut vermehren, ermutigt sie angehende Gärtnerinnen. Gemeinsam mit anderen engagierten GärtnerInnen hat Annette die bayerische Regionalgruppe des „Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt“ gegründet, die Samentauschbörsen organisiert und mehr Bewusstsein schaffen möchte.

Denn die Vielfalt ist bedroht: Laut einer Studie der Welternährungsorganisation sind seit dem Jahr 1900 etwa 75 Prozent aller in Landwirtschaft und Gartenbau genutzten Kulturpflanzensorten ausgestorben, vor allem weil statt den bäuerlichen Sorten moderne Hohertragsorten angebaut wurden. Doch auch gesetzliche Barrieren wie die geplante EU-Saatgutverordnung tragen dazu bei, dass die Kulturpflanzenvielfalt – trotz gegenteiliger politischer Zielsetzungen – weiter abnimmt.

Erfolgreicher Protest gegen die Saatgutverordnung

Bei einem Glas Apfelsaft von der eigenen Streuobstwiese erklärt mir Annette, dass Saatgut gleichförmig und unterscheidbar sein muss, um als Sorte zugelassen zu werden: „Unterscheidbarkeit wird zum Beispiel bei einer Erbse am Blattabstand gemessen. Ob dieser größer oder kleiner ist als bei einer anderen Sorte, spielt für den Gärtner jedoch überhaupt keine Rolle. Gleichförmigkeit bedeutet, dass jede Tomate die gleiche Form und die gleiche Größe haben muss. Bei samenfestem Saatgut ist jede Tomate unterschiedlich, weil ja ein großer genetischer Pool in der Pflanze steckt. Dadurch wird die Sortenzulassung ganz erheblich erschwert.“

Dabei ist es genau diese genetische Vielfalt innerhalb einer samenfesten Sorte (*siehe Infokasten*), die es ihr erlaubt, sich an veränderte Anbaubedingungen anzupassen. Gerade in Zeiten des Klimawandels ist diese Fähigkeit als Grundlage der zukünftigen Pflanzenzüchtung zentral. Lokal angepasste samenfeste Sorten erlauben es, ohne Pestizide und chemische Düngemittel auszukommen und sie haben oft einen geringeren Wasserverbrauch. Diese Sorten sind daher wie geschaffen für die dringend notwendige Weichenstellung hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Auch die EU-Kommission weiß, wie wertvoll die althergebrachten Sorten sind und sah in ihrem Entwurf zur Saatgutverordnung Ausnahmen für eine vereinfachte Marktzulassung vor. Bei ge-



Saatgut-Retterin Annette Holländer bei der Arbeit

nauem Hinsehen entlarvten sich diese aber als Augenwischerei: „Vielfalts-Sorten, die nachweisbar aus der Region stammen, sollten als Erhaltersaatgut weitergegeben werden dürfen. Das ist ein totaler Unfug, denn es gibt nur mehr ganz wenige Sorten, deren Ursprungsort wir kennen. Man dürfte eine Radieschensorte vielleicht irgendwo in einem französischen Departement vermehren, weil sie dort nachweislich seit Jahrhunderten angebaut wurde. Hier in Bayern dürfte ich sie zwar anbauen, aber kein Saatgut unters Volk bringen. Da geht es doch nur darum, als ob man die regionale Vielfalt fördern möchte, während man in Wahrheit die Saatguterhaltung beschränkt!“, empört sich Annette.

In Wahrheit nütze die Verordnung nur einer Handvoll multinationaler Konzerne, die den Saatgutmarkt unter sich aufteilen wollen. Der entschlossene europaweite Widerstand der Saatguterhaltungsinitiativen hat zu einer Ablehnung der Verordnung durch das Europäische Parlament geführt – nun gilt es zu beobachten, ob die Kommission einen besseren Vorschlag auf den Tisch legen wird.



TEXT Astrid Österreicher

FOTOS Umweltinstitut München e.V.

Samenfestes Saatgut oder F1-Hybrid?

Samenfeste Sorten werden über Jahre durch Kreuzung und Selektion auf bestimmte Eigenschaften gezüchtet. Diese Eigenschaften können Farbe, Geschmack, Form oder Resistenzen sein. Vermehrt man diese Sorten über ihr Saatgut, erhält man in den nächsten Generationen Pflanzen mit denselben Eigenschaften – dies nennt man samenfest oder auch sortenrein und nachbaufähig. Bevor die moderne Pflanzenzüchtung an Bedeutung gewann, haben Bauern und Bäuerinnen über Jahrhunderte samenfestes Saatgut gezüchtet. Auch aus modernen **Hybridpflanzen** kann

man Saatgut gewinnen. Baut man es wieder an, so tritt die größtmögliche genetische Aufspaltung ein. Um diese Pflanzen langfristig zu kultivieren, muss man daher jedes Jahr wieder neues Saatgut kaufen, das meist wesentlich teurer ist als das von samenfesten Sorten.

Was Sie selbst tun können, um die Kulturpflanzenvielfalt zu erhalten, erfahren Sie beim „Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt“ unter www.nutzpflanzenvielfalt.de oder direkt bei Annette Holländer unter www.garten-des-lebens.de.



Free Trade statt Fair Trade?

Wie sich das geplante Freihandelsabkommen TTIP auf unsere Lebensmittelproduktion auswirkt

Seit Juli 2013 verhandeln die EU-Kommission und die US-Regierung hinter verschlossenen Türen das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP. Sollten die Verhandlungen abgeschlossen werden und der Vertrag in Kraft treten, würde die größte Freihandelszone der Welt entstehen – mit fast der Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung. Waren und Dienstleistungen könnten in dieser transatlantischen Freihandelszone (TAFTA) von Nikosia bis Seattle und von San Diego bis Helsinki ohne Zölle und Bürokratie getauscht werden.

Da jedoch die Zölle zwischen der EU und den USA bereits drastisch gesenkt wurden und im Durchschnitt nur drei bis vier Prozent betragen, liegt der Schwerpunkt der Verhandlungen auf den nicht-tarifären Handelshemmnissen: Regulierungen, Verfahren, Verbote, Bürokratie und Subventionen, die multinationale Konzerne bei ihren transatlantischen Geschäften stören. So gehört aus Sicht der Gentechnikkonzerne auch die europäische Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel zu diesen Handelshemmnissen.

Gerade beim Thema Lebensmittel hat die Diskussion um nicht-tarifäre Handelshemmnisse Fahrt aufgenommen.

Die europäischen und amerikanischen Standards für Lebensmittelsicherheit und die Zulassungsverfahren für Chemikalien und Medikamente könnten auf den jeweils niedrigeren Standard gesenkt werden, um den Gewinn der Konzerne zu maximieren. Die Politik versucht, die Menschen zu beruhigen und verspricht, dass europäische Standards nicht aufgegeben werden. Doch damit sind die eigentlichen Probleme noch nicht vom Tisch. Denn nicht nur eine Angleichung oder Absenkung steht auf dem Plan, sondern auch eine gegenseitige Anerkennung von Standards und Verfahren. Aus den Binnenmärkten der EU und der USA soll ein gemeinsamer Markt werden.

Konkurrenzkampf droht

In diesem gemeinsamen Markt wäre die europäische Landwirtschaft einer direkten Konkurrenz zur Landwirtschaft in den USA ausgesetzt. Bei aller Diversität auf beiden Seiten des Atlantiks ist die Landwirtschaft in den USA

doch wesentlich industrialisierter als in Europa. In der EU gibt es zwölf Millionen landwirtschaftliche Betriebe – fast sechsmal so viele wie in den USA. Der durchschnittliche Betrieb in den USA bewirtschaftet über 180 Hektar Fläche, in Europa sind es etwa 12 Hektar.

In diesem Konkurrenzkampf ginge es um jeden Cent, den ein zusätzlicher Quadratmeter Stallfläche, gentechnikfreies Futter oder ein Schwenk mit dem Traktor um einen Baum pro Tonne Milchpulver kostet. Der Strukturwandel hin zur Agrarindustrie würde sich rasant beschleunigen. Der Druck, die geltenden Regeln zu lockern, käme vom eigenen Kontinent: von den Bauernverbands- und IndustrievertreterInnen im Kampf um Marktanteile – für die Politik und Öffentlichkeit legitimiert mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung.

Dieser Wettbewerb – so die offizielle Darstellung – dient den Menschen, da sie von billigeren Preisen profitieren. Der liberale Handelskommissar Karel de Gucht rechnet vor, dass die volkswirtschaftlichen Gewinne,

gleichmäßig auf die Haushalte in Europa verteilt, einer vierköpfigen Familie in zehn Jahren 545 Euro bringen. Das sind die optimistischsten Prognosen, kombiniert mit der unrealistischen Annahme, die Konzerne würden davon nichts behalten. Trotzdem geht es um nur etwa 4,50 Euro pro Monat – für vier Personen.

Wer trägt die wahren Kosten?

Bei der Lebensmittelproduktion stellt sich zudem die Frage, wer die Kosten für billige Preise tragen muss. Denn das agrarindustrielle Produktionsmodell schadet der Umwelt und der Gesundheit der Menschen.

Die Kosten für den beschleunigten Klimawandel, die Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit und den Verlust der Artenvielfalt tragen die Allgemeinheit und vor allem die kommenden Generationen. Und unter der fortschreitenden Industrialisierung von Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion leidet nicht nur die bäuerliche Unabhängigkeit, sondern auch die Tiere im Stall, die Saatgutvielfalt und die Rechte der Saison- und LeiharbeiterInnen auf den Feldern und in den Schlachthöfen.

Die Regulierung der wirtschaftlichen Aktivität und der Märkte ist kein abzubauenes Handelshemmnis, sondern weit mehr: Sie ist notwendig, um die Interessen von VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen, der Umwelt und der kommenden Generationen zu schützen. Sinn der parlamentarischen Demokratie ist es, diese Interessen trotz der Ungleichheit wirtschaftlicher Macht zur Geltung zu bringen. Wettbewerb auf einem gemeinsamen Markt benötigt daher eine funktionierende gemeinsame Demokratie.

Undurchsichtig und undemokratisch

Das TTIP aber schwächt die Demokratie. Besonderen Grund zur Sorge geben hierbei die Schiedsgerichtsverfahren, in denen Investoren Staaten wegen neuer Regeln auf Schadensersatz verklagen können.

Aber auch eine Stillstandsklausel, die die Schaffung neuer, nicht-tarifärer Handelshemmnisse verbietet oder der Regulierungsrat, in dem beide Seiten neue Regeln in kleinem Kreis vorbesprechen, greifen massiv

in die demokratischen Gesetzgebungsmöglichkeiten ein. Schon das Zustandekommen eines solchen Abkommens genügt demokratischen Standards nicht. So wird die breite Öffentlichkeit nur unzureichend über den Fortgang der Verhandlungen informiert. Auch der US-Kongress und das EU-Parlament sollen am Ende einfach mit „Ja“ oder „Nein“ stimmen, ohne an den Verhandlungen beteiligt gewesen zu sein. Ausgiebig konsultiert aber werden – auf beiden Seiten – VertreterInnen großer Konzerne und Wirtschaftsverbände.

Im Bereich der Landwirtschaft gäbe es zum agrarindustriellen Modell eine Alternative: Bäuerliche und ökologische Landwirtschaft, die innerhalb der natürlichen Grenzen wirtschaftet und vornehmlich regional vermarktet. Sie schafft mehr und bessere Arbeitsplätze sowie regionale Wertschöpfung.

Eine Entwicklung in diese Richtung bräuchte neue Regeln, die gegen die Interessen der Agrarindustrie durchgesetzt werden müssen. Das TTIP aber könnte den Status Quo, der die Landwirtschaft zum Wachsen oder Weichen verdammt, für lange Zeit zementieren.

Es geht also nicht um einzelne Regeln, wie zum Beispiel, ob es zulässig ist, die Keimbelastung von Fleisch aus der Massentierhaltung mit einem Chlorbad im Schlachthof zu bekämpfen. Es geht darum, wer wo und wie die Regeln macht. Die BürgerInnen in der EU und den USA sollten dafür sorgen, dass die Pläne für dieses Abkommen schnellstens in den Papierkorb wandern.



TEXT Karl Bär

FOTOS Fotolia, Umweltinstitut München e.V.

Infos

Derzeit verhandeln die US-Regierung und die EU-Kommission das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP. Während Unternehmen und Wirtschaftsverbände zu den Verhandlungen Zugang haben, bleiben die Öffentlichkeit und das Europäische Parlament außen vor. Unter den Tisch fallen die Interessen der Umwelt und der Menschen.

So drohen Wachstumshormone im Rindfleisch, in Chlor gebadetes Hähnchenfleisch und genmanipulierte Soja auf den europäischen Markt zu gelangen. Hinzu kommt, dass Investitionsschutzklauseln, die Konzernen erlauben, Staaten wegen neuen Verbraucherschutz- oder Umweltauflagen zu verklagen, Verbesserungen unmöglich machen. Von der Transatlantischen Freihandelszone profitieren deshalb nur große Konzerne.

Beteiligen Sie sich jetzt an der TTIP-Infokampagne des Umweltinstitut München e.V. und bestellen Sie Infomaterial zum Freihandelsabkommen unter www.umweltinstitut.org.



Konzerne auf Kaperfahrt

Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP



Deutsches Dumping-Schlachten

Großbetriebe dominieren auch in Deutschland die Schlachthofbranche. Billiglöhne für die Leiharbeiter aus dem Osten der EU begünstigen weitere Investitionen der Konzerne. Doch gegen noch mehr Mast- und Schlachtanlagen regt sich Widerstand.

Deutschland steht bei der Schweineschlachtung mit über 58 Millionen getöteten Tieren pro Jahr auf Platz 1 der europäischen Spitzenproduzenten, beim Rindfleisch auf Platz 2 hinter Frankreich. Auch bei Hühnern gehört Deutschland zu den Top 5. Bundesweit existieren knapp 350 Schlachthöfe mit jeweils über 20 Beschäftigten. Die meisten dieser Betriebe sind klein bis mittelgroß; Betriebe mit mehr als 500 Arbeitnehmern sind selten.

Dennoch ist der deutsche Schlachtmarkt zentralisiert. Die vielen kleineren Unternehmen spielen in Bezug auf die absolute Menge an geschlachteten Tieren nur eine geringe Rolle. Über 55 Prozent des Schlachtwertes entfielen im Jahr 2012 auf die drei größten Schweineschlachtkonzerne – Tönnies, Vion und Westfleisch. Bei den Rindern teilen sich die fünf größten Unternehmen etwa die Hälfte des Marktes, der Branchenprimus Vion liegt dabei mit fast 25 Prozent deutlich vorn. Bei Geflügel führt die PHW Gruppe die Branche an, bekannt durch ihre Handelsmarke Wiesenhof.

Unnötiges Leiden

Jede Tierart erfordert ein anderes Schlachtsystem, das sich an ihren Körpern orientiert. Rinder werden meistens mit einem Bolzenschuss betäubt, Schweine mit Gas oder der Elektrozanke. Beide werden anschließend mit einem Kehlschnitt getötet, nach dem Entbluten in das Produktionsband eingehängt und von den Arbeitern zerlegt.

Wie die Bundesregierung 2012 auf eine Kleine Anfrage der Grünen bestätigte, ist die Betäubung bei 4 bis 9 Prozent der Rinder und bei 10 bis 12 Prozent der Schweine mangelhaft oder fehlt sogar ganz. Die Schlachtung von Hühnern ist stärker automatisiert. Sie werden in ein elektrisch geladenes Wasserbecken getaucht und so per Stromschlag betäubt. Arbeiter hängen sie in ein „Schlachtband“ ein. Von hier an übernimmt die Maschine die Zerlegung der Tierkörper. Die Teile kommen in ein Kühlhaus, bis sie zur Weiterverarbeitung transportiert werden.

Deutschland ist Billiglohnland

2012 waren in Deutschland fast 28.000 Menschen im Bereich Schlachtung sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse und die enorme Fluktuation erschweren präzise Angaben. Durch die EU-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitnehmern ist Deutschland zu einem Billiglohnland geworden. In den

Betrieben arbeiten vor allem polnische, rumänische oder bulgarische Leiharbeiter, angeworben von Unternehmen in ihren Heimatländern, die sie dann nach Deutschland schicken.

Ohne Mindestlohn oder flächendeckende Tarifverträge sind Stundenlöhne unter fünf Euro für Leiharbeiter keine Seltenheit. Untergebracht werden sie in wenig attraktiven Sammelunterkünften. Manche Schlachter arbeiten scheinselfständig, weil die Unternehmen die Lohnnebenkosten senken wollen.

Die niedrigen Löhne in Deutschland führen dazu, dass Fleischkonzerne aus Nachbarländern ihre Tiere zur Schlachtung nach Deutschland bringen. Der Großkonzern Danish Crown verlagerte tausende Arbeitsplätze von Dänemark nach Deutschland. Einige Staaten und Initiativen legten deshalb offiziell bei der Europäischen Kommission Beschwerde ein. Die belgische Regierung sowie eine Initiative französischer Schlachtbetriebe sehen in den deutschen Dumpinglöhnen Wettbewerbsverzerrungen.

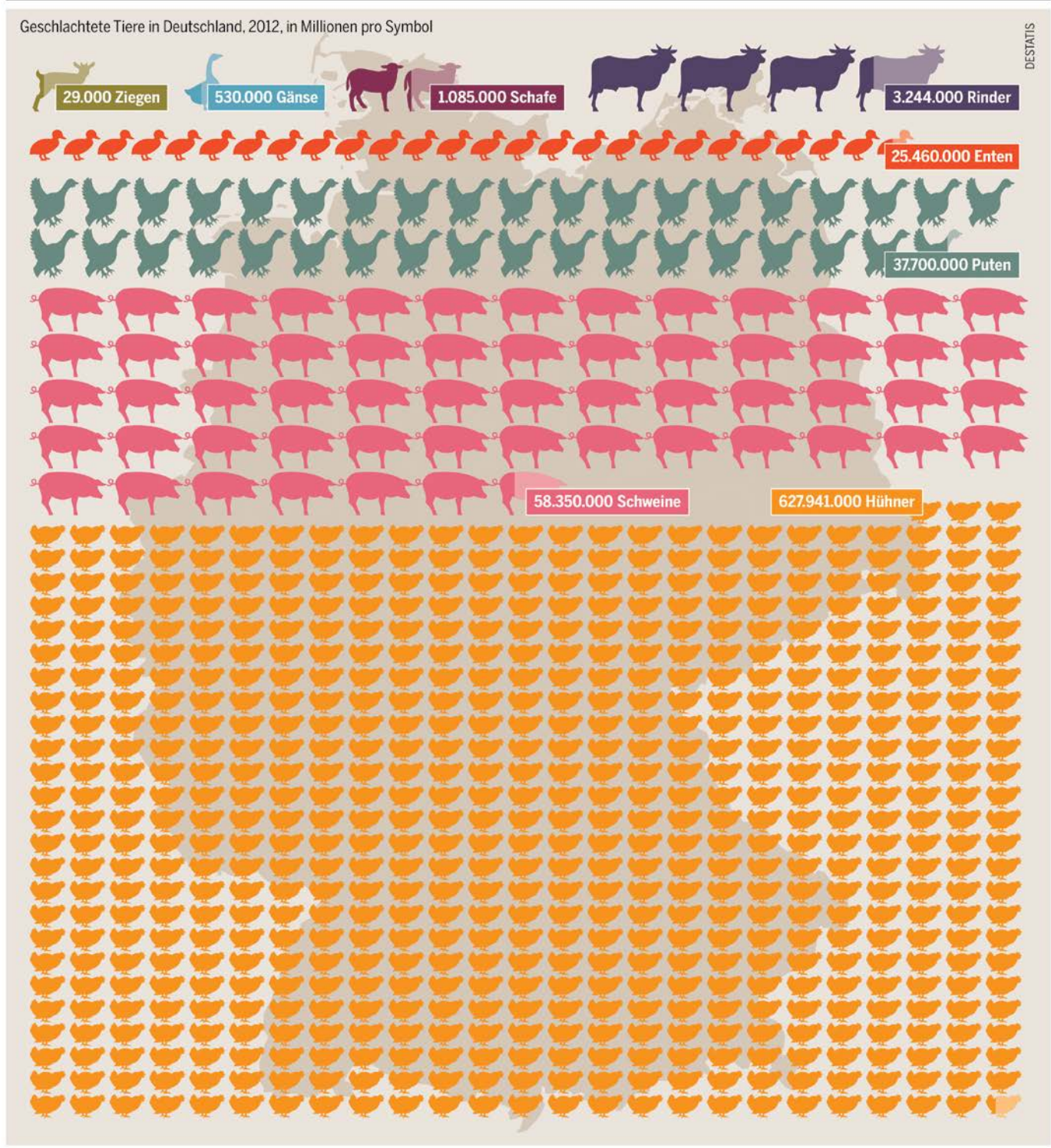
Arbeitsbedingungen bleiben mangelhaft

Im Januar 2014 kündigten die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und Vertreter der deutschen Fleischindustrie nun an, einen Mindestlohn von 7,75 Euro/Stunde einzuführen, der schrittweise auf 8,75 Euro steige. Dies gelte auch für die ausländischen Beschäftigten, die bei Subunternehmen in ihren Heimatländern angestellt sind. Damit hofft die Branche, endlich aus den Negativ-Schlagzeilen zu kommen.

Bei den Arbeitsbedingungen kann die NGG jedoch nicht allzu viel ausrichten. Die meist kurzen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland und Sprachprobleme mit den Arbeitnehmerorganisationen im Ausland erschweren eine dauerhafte grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Viele Arbeiter haben außerdem Angst, ihre Arbeit zu verlieren, wenn sie Kritik äußern.

Auch Tierschutzverbände und Tierrechtsorganisationen kritisieren die Schlachtbranche. Erstere wollen die Behandlung der Tiere verbessern, etwa durch kürzere Schlachttransporte, bessere Betäubung und eine Abkehr von der industriellen Massentierhaltung. Der Deutsche Tierschutzbund entwickelt daher in Zusammenarbeit mit der Fleischindustrie Gütesiegel für Tiermast und Tierschlachtung. Hingegen lehnen Tierrechtsorganisationen wie „Animal Rights Watch“ oder „Die Tierbe-

Unsichtbares Geschäft hinter Fabrikmauern, sichtbare Ergebnisse im Supermarkt



freier“ die massenhafte Tötung von Tieren prinzipiell ab und bewerben einen veganen Lebensstil. Demonstrationen und Protestcamps, Blockaden und Besetzungen sollen für Öffentlichkeit sorgen. Besonders umstritten ist der „Mega-Geflügelschlachthof“ im niedersächsischen Wietze, seit 2011 in Betrieb. Er gehört dem Rothkötter-Konzern, der zweitgrößten deutschen Geflügelfirma. Nach Medienberichten sind 400 neue Mastanlagen à 40.000 Hähnchen nötig, damit die Anlage wirt-

schaftlich arbeitet. Im Vollbetrieb wird Wietze die größte Anlage ihrer Art in Europa sein – mit jährlich 135 Millionen Schlachtungen.

TEXT Marcel Sebastian / Fleischatlas 2014

GRAFIK Fleischatlas 2014 / Destatis



Minilöhne und undurchsichtige Strukturen

ArbeiterInnen aus Osteuropa sind das schwächste Glied in der Fleischindustrie. Inzwischen beschwerten sich schon die Nachbarländer bei der EU über das Lohndumping in deutschen Schlachthöfen. Mit Eduard Häring von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sprachen wir über die Situation im Schlachthof Waldkraiburg zwischen München und Mühldorf.

Herr Häring, wie hat sich die deutsche Schlachtindustrie in den letzten Jahren verändert?

Der Markt ist von einer starken Konzentration gekennzeichnet. Dieser Prozess wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. In der deutschen fleischverarbeitenden Industrie gibt es etwa 250 Unternehmen, jedoch beherrschen vier multinationale Großkonzerne und ihre Tochterunternehmen gut 60 Prozent des Fleischmarktes in Deutschland: Die VION Food Group, die Tönnies Lebensmittel GmbH & Co. KG, die Westfleisch e.G. und Danish Crown.

Wie wirkt sich diese Marktkonzentration

auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus?

Die vier marktbeherrschenden Unternehmen haben die Kernbelegschaften erheblich reduziert, indem sie ganze Betriebsbereiche wie beispielsweise die Schlachtung und Zerlegung ausgegliedert haben.

Diese Arbeitsbereiche sind im ersten Schritt mit Leiharbeitnehmern besetzt worden. In einem zweiten Schritt sind die Firmen, die Arbeitnehmer entleihen, durch Unternehmen ersetzt worden, die ihre Dienste im Rahmen eines Werkvertrages erbringen. Dabei handelt es sich mittlerweile fast ausschließlich um Unternehmen, die ihren Sitz im euro-

päischen Ausland haben; in der Regel in Rumänien. Diese Unternehmen stellen ihre Leute in Rumänien an und entsenden sie im Rahmen des „Arbeitnehmer-Entsendegesetzes“ (AEntG) in deutsche Schlachthöfe. Eigentlich müssten sie dort ein „Gewerk“ abliefern, ohne dass der Auftraggeber darauf direkt Einfluss hat. Es berichten uns jedoch immer wieder ArbeiterInnen, dass sie eigentlich nur als billige Arbeitskräfte unter der Regie von Südfleisch-Vorarbeitern eingesetzt werden.

Im vergangenen Jahr hat besonders der Südfleisch-Schlachthof Waldkraiburg immer wieder für Schlagzeilen gesorgt.

Was passiert dort?

Zurzeit arbeiten bei der Firma Südfleisch, die fast komplett zu Vion gehört, am Standort in Waldkraiburg mehrere Werkvertragsfirmen. Nur von zweien wissen wir mehr.

Die eine ist die Firma „CCF GmbH“, die zwar im deutschen Handelsregister gelistet ist und in Gunzenhausen ihren „Sitz“ hat, aber dort nur über einen „Briefkasten“ verfügt. Diese Firma hat über 30 Beschäftigte. Die Geschäftsführerin ist nie verfügbar, da sie sich in Rumänien aufhält. Sämtliche Vorgänge werden durch einen Anwalt aus Gunzenhausen erledigt.

Die zweite ist die Firma „SC Salamandra Plus SRL“ mit Sitz in Baia Sprie (Rumänien) mit mehr als 100 Arbeitnehmern. Diese Arbeitnehmer sprechen meist kein Deutsch, was eine Betreuung sehr erschwert. Hier gibt es die größten Probleme aufgrund von Verletzungen der Arbeitsschutzbestimmungen. Wir vermuten, dass auch eine ungarische Firma in Waldkraiburg tätig ist, können das aber nicht beweisen. Die Strukturen sind sehr undurchsichtig.

Wie hoch ist das Gehalt dieser Beschäftigten?

Die Nettolöhne bewegen sich zurzeit bei etwa sechs Euro pro Stunde. Gemessen an der ständig steigenden Arbeitsleistung sinken die Arbeitsentgelte stetig. Was die Beschäftigten der Firma Salamandra betrifft, so erhalten sie in Rumänien den dortigen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 800 Leu (knapp 180 Euro) im Monat, wofür in Rumänien vermutlich Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden.

In Deutschland erhalten die Arbeitnehmer noch zusätzlich etwa 1000 Euro netto pro Monat. Ob dafür Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden, wissen wir nicht. Da uns von Beschäftigten beschrieben wurde, dass die Arbeitnehmer bei einer schwereren Erkrankung zur Behandlung nach Rumänien gebracht werden, vermuten wir aber, dass sie in Deutschland keine Sozialbeiträge zahlen.

Gibt es keinen Tarifvertrag oder einen Mindestlohn, an den sich die Arbeitgeber halten müssen?

Im Bereich der Fleischwarenindustrie gibt es seit Jahren keinen Tarifvertrag. Die Arbeitgeberverbände der Ernährungsindustrie haben die Tarifverträge gekündigt, um die wö-

chentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden auf 42 Stunden zu erhöhen. Die daraufhin von der NGG durchgeführten Streiks konnten das nicht verhindern. Die Arbeitnehmer in der Fleischwarenindustrie in Bayern arbeiten seitdem in der Regel 42 Stunden pro Woche – für dasselbe Gehalt wie vorher.

Erst ab Juli gibt es wieder einen Tarifvertrag. Für die Fleischwarenindustrie ist im Januar zwischen der NGG und den Arbeitgeberverbänden der Ernährungswirtschaft ein Tarifvertrag über einen Mindestlohn abgeschlossen worden. Das wird zumindest eine Überprüfung der Arbeitsentgelte erleichtern. Es ist ein großer Erfolg, aber der Tarifvertrag ist dennoch unzureichend. Unter anderem fehlt eine Regelung zur Überprüfung der Arbeitszeiten. Das macht die Überprüfung der Einhaltung des Vertrags sehr schwierig.

Haben die schlechten Arbeitsbedingungen auch Auswirkungen auf die Behandlung der Tiere?

Beschäftigte der Schlachthöfe erzählen in individuellen Gesprächen häufig, dass bei sehr hohen täglichen Schlachtzahlen mit entsprechend höherem Arbeitsdruck die Produktionsanlagen schneller gestellt und dadurch die tierschutzrechtlichen Bestimmungen nicht immer eingehalten werden würden. Dies können wir jedoch trotz intensiver Recherche noch nicht beweisen.

Wird denn die Einhaltung der Vorschriften nicht auch von staatlichen Stellen kontrolliert?

Wir haben große Kommunikationsschwierigkeiten mit den rumänischen KollegInnen. Hinzu kommt, dass sie ihre eigenen Rechte oft

nicht kennen. Das macht es sehr schwierig, sie gut zu vertreten. Die Schlachtunternehmen wollten zudem Gewerkschaftler wegen öffentlichen Aussagen, die nicht genau juristisch beweisbar sind, zu Unterlassungserklärungen verpflichten. Deshalb müssen wir inzwischen sehr vorsichtig sein.

Auf der anderen Seite sind die staatlichen Stellen, die Kontrollen durchführen sollten, personell so schlecht ausgestattet, dass diese sehr selten durchgeführt werden. Regelmäßige und gute Kontrollen kosten Geld und müssen politisch gewollt sein. Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Welche politischen Veränderungen sind notwendig, um die Arbeitssituation der Arbeitnehmer in deutschen Schlachthöfen zu verbessern?

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz müsste dringend nachgebessert werden. Es muss gewährleistet sein, dass Überprüfungen der Lebens- und Arbeitssituation, vor allem der rumänischen und bulgarischen Arbeitnehmer, die unter der rechtlichen Situation des AEntG ihre Arbeit zu leisten haben, besser möglich sind und Verstöße der Unternehmen gegen das Gesetz kontrolliert werden können. Und es braucht mehr engagierte und gut ausgestattete Kontrolleure.



INTERVIEW Karl Bär, Joy Mann
FOTOS Pixelio / Udo Böhlefeld, Eduard Häring

Zur Person

Eduard Häring ist Projektsekretär für die Fleischwirtschaft bei der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in Oberbayern und hilft den KollegInnen in den Betrieben, ihr Recht durchzusetzen.





Der Soja-Wahnsinn

Fünf lateinamerikanische Länder haben einen Anteil von 44 Prozent an der weltweiten Sojaproduktion. In diesen Staaten sind die Monokulturen auf dem Vormarsch. Abholzung, Vertreibungen, Pestizid-Vergiftungen und eine Konzentration des Landbesitzes sind die Folge. Es ist unser hoher Fleisch-, Milch- und Eierkonsum in Europa, der diese ökologischen und sozialen Kosten mitverursacht.

Der sogenannte „Sojagürtel“ erstreckt sich über Brasilien, Argentinien, Paraguay, Bolivien und Uruguay. Auf 47 Millionen Hektar – das entspricht in etwa der Hälfte der Ackerfläche, die in Europa insgesamt zur Verfügung steht – wird als einzige Pflanze genmanipulierte Soja angebaut. Soja bildet den Grundpfeiler eines umfassenden Agrobusiness-Modells, das mit einem hohen Einsatz von Agrochemikalien und einer starken Kapitalkonzentration einhergeht. Dessen Hauptnutznießer sind die transnationalen Agrarkonzerne.

In einer Studie des norwegischen Zentrums für Biosicherheit wurden zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen den fünf südamerikanischen Ländern festgestellt: Der Anbau genveränderter Soja ist auf dem Vormarsch und hat die Erschließung neuer Anbauflächen zur Folge. Für die benötigten Flächen werden Millionen Hektar Land, darunter tropische Wälder und artenreiche Savannen, abgeholzt und gerodet. Andere Agrarerzeugnisse werden verdrängt, so dass der einstige Selbstversorger Argentinien mittlerweile auf den Import von Nahrungsmitteln angewiesen ist. Der Einsatz von Ackergiften hat erheblich zugenommen, obwohl der angeblich geringere Verbrauch von Pestiziden ursprünglich ein Werbeargument der Agrarindustrie für Gen-Pflanzen war.

1996 wurde in Argentinien die Genehmigung für Gen-Soja erteilt, ohne Risikountersuchungen auf nationalstaatlicher Ebene durchzuführen. In den darauffolgenden 14 Jahren wuchs die argentinische Soja-Anbaufläche um sagenhafte 25 Millionen Hektar. Vorreiter beim Gen-Soja-Anbau ist neben Argentinien auch Brasilien. Im Fußball sind sie zwar Gegner, doch bei der Sojabohne herrscht Einigkeit zwischen den beiden Ländern, auf die sich 90 Prozent der Sojaanbaufläche der gesamten Region konzentriert.

Die zweifelhafte Rolle Europas

Geopolitisch betrachtet haben die fünf südamerikanischen Länder weite Teile ihres Staatsgebietes auf die Bedürfnisse Europas und Asiens abgestellt. Die europäische Massentierhaltung, allen voran die Schweinehaltung, ist auf die Verfütterung von Soja angewiesen. Etwa 35 Millionen Tonnen südamerikanische Soja landen jährlich in den Mägen europäischer Schweine, Rinder und Hühner.

Die südamerikanischen Futtermittelimporte ermöglichen es Deutschland und Europa, am Weltmarkt als Exporteur von tierischen Produkten aufzutreten. 2011 wurden in Deutschland 59 Millionen Schweine ge-

schlachtet – viel mehr, als hierzulande konsumiert wird. So entsteht ein politisch gewollter und subventionierter Überschuss, mit dem die deutsche Handelsbilanz aufgebessert wird. Denn in Ländern wie China, die sich am westlichen Konsummodell orientieren, nimmt der Fleischverzehr rasch zu. Auf diese Märkte zielt die deutsche Fleischindustrie – mit dem scheinheiligen Argument, etwas gegen den Hunger in der Welt unternahmen zu wollen. In Wahrheit führt der Export dazu, dass lokale Erzeuger zugrunde gehen, da sie mit den europäischen Dumpingpreisen nicht konkurrieren können.

Was viele nicht wissen: Fleisch, Milch und Eier von Tieren, die genmanipulierte Futtermittel erhalten haben, müssen in der EU nicht als „gentechnisch verändert“ gekennzeichnet werden. Bisher weigert sich die EU-Kommission, diese Kennzeichnungslücke zu schließen. Denn gekennzeichnetes Fleisch würde höhere Futtermittelkosten für die Fleischindustrie bedeuten und sich bei den gentechnik-kritischen europäischen VerbraucherInnen schlechter verkaufen. Aus gutem Grund: Mittlerweile ist erwiesen, dass Erbmaterial aus genmanipulierten Lebensmitteln direkt ins menschliche Blut übergehen kann.

Drastische Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung

„Die Anbaufläche für Soja wächst rasant, während die Waldgebiete zurückgehen“, gab die Abteilung für heimische Wälder des argentinischen Umweltministeriums bekannt. Um 14 Prozent schrumpfte die argentinische Waldfläche zwischen 1991 und 2009. Durch Genmanipulation wurde die Soja gegen Monsanto's Spritzmittel „Roundup“ und andere Pestizide resistent gemacht. Roundup wird großflächig per Flugzeug versprüht, ohne dass auf angrenzende Felder mit nicht-resistenten Pflanzen Rücksicht genommen wird. Auch Menschen, die dort leben, sind schutzlos ausgeliefert. Die Krebsrate bei Kindern hat sich von 2000 bis 2009 verdreifacht und die Rate der Fehlgeburten und Fehlbildungen stieg nahezu um das Vierfache an.

Im Cono Sur, dem südlichen und mittleren Teil Südamerikas, wird Soja in großem Maßstab auf Betrieben mit über 500 Hektar angebaut. Die Landkonzentration nimmt dementsprechend zu. In Argentinien wurden 2010 über 50 Prozent der Sojaproduktion von nur drei Prozent aller Erzeuger kontrolliert.

Gleichzeitig werden die bäuerlichen und indigenen Familien zum Teil mit Gewalt zur Aufgabe ihrer Felder gezwungen. Der Großteil der Auseinandersetzungen begann in den letzten beiden Jahrzehnten und ist auf die Ausweitung der Soja-Monokulturen zurückzuführen. Allein in Argentinien sind mehr als 60.000 Familien davon betroffen, wie aus dem ersten amtlichen Bericht über Landkonflikte hervorgeht.

José Luis Castillo von der „Kleinbäuerlichen Indigenen Versammlung des argentinischen Nordens“ (ACINA) war bei der Vorstellung der offiziellen Studie anwesend: „Wir freuen uns, dass der Staat zum ersten Mal eine Untersuchung darüber erstellt, was wir schon seit zwanzig Jahren in den Territorien beklagen. Jetzt geht es für uns darum, dass der Staat selbst konkrete Maßnahmen ergreift, um die bäuerlichen Fa-



Allein in Argentinien mussten mehr als 60.000 Familien ihre Felder aufgeben, um Platz für Soja-Monokulturen zu machen.

milienbetriebe zu unterstützen, und dass die Regierung damit aufhört, dem Agrobusiness grünes Licht dafür zu geben, auf uns Bauern herumzutampeln. Was wir jetzt brauchen, ist eine staatliche Politik, die gewährleistet, dass wir produzieren und auf dem Land bleiben können.“ Auch wenn der südamerikanische Cono Sur viele tausende Kilometer weit weg sein mag, so ist doch das Schicksal der dortigen kleinbäuerlichen Gemeinschaften durch globale Handelsströme ursächlich mit unseren europäischen Ernährungsgewohnheiten verbunden.

Vor mehr als hundert Jahren, als Europa noch auf seine eigenen landwirtschaftlichen Flächen angewiesen war, kam Fleisch nur zu Festtagen auf den Tisch. Mittlerweile verzehrt der durchschnittliche Deutsche im Laufe des Lebens 1094 Tiere. Nicht nur aus Umwelt-, Tierschutz- und Gesundheitsgründen sollten wir unseren Speiseplan überdenken. Sondern auch, um Menschen in anderen Erdteilen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

Mit weniger oder ohne Fleisch auszukommen, muss kein Verzicht sein. Die vegetarische Küche hält eine Vielfalt an köstlichen Speisen bereit. Wer nicht ganz auf Fleisch verzichten möchte, sollte nur Fleisch mit Bio-Siegel kaufen. Denn hier dürfen garantiert keine genmanipulierten Futtermittel eingesetzt werden.



TEXT Astrid Österreicher,
Darío Aranda,
Beate Engelhardt (Übersetzungen aus dem Spanischen)

FOTOS Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V.

Kartoffelliebe



Biologisch, saisonal, regional – das Kartoffelkombinat erfüllt alle drei Wünsche

Die Zahl der solidarischen Landwirtschaftsbetriebe (engl. Community-supported agriculture) hat sich in Deutschland in den letzten beiden Jahren von 25 auf 50 verdoppelt. So unterschiedlich wie die Menschen und Regionen, so vielfältig sind auch die Ansätze dieser gemeinschaftlich geführten Betriebe. Derzeit gibt es in München drei solcher Initiativen: Den „Waldgärtner“ im Westend, den Bioland-Gärtner Sepp Hecker in Olching und für das gesamte Stadtgebiet das „Kartoffelkombinat“.

Die Gemeinschaft des Kartoffelkombinats besteht mittlerweile aus über 450 Familien, die ein Mal pro Woche mit einem abwechslungsreichen Ernteanteil (ungefähr sechs bis acht Obst- und Gemüsesorten) versorgt werden. Alles in Bio-Qualität, saisonal und regional. Die Mitglieder kaufen ihr Gemüse nicht einfach nach dem Äquivalenzprinzip ein, sondern übernehmen anteilig die anfallenden Gesamtkosten.

Und weil der Bauer/Gärtner die meisten Kosten zu Beginn des Jahres hat – dann muss er Saatgut, Jungpflanzen und Instandsetzungen finanzieren – werden diese im Voraus finanziert. Im Gegenzug baut das Gärtner-Team das Bio-Gemüse so nachhaltig und hochwertig wie möglich an. Ist es ein gutes Jahr, bekommen die Mitglieder ein bisschen mehr in die Kisten. Ist es ein schlechtes, ist die Kiste etwas leerer. Der Landwirt muss das Risiko nicht mehr allein stemmen, sondern die Gemeinschaft verteilt es auf ihre Schultern. Die Lebensmittel verlieren den Marktpreis und gewinnen dafür ihren eigentlichen Wert als Mittel zum Leben zurück.

Die Vorteile

- **Gemeinwohlorientierung:** Das Kartoffelkombinat ist eine echte Alternative zu Gewinnmaximierung und Ausbeutung. Als gemeinschaftlich getragenes Unternehmen ist es ein Gegenpol zu „marktkonformer Demokratie“ und neoliberaler Verwertungslogik.

- **Transparenz:** Als Genosse/in ist jede/r Mitgesellschafter/in des Kartoffelkombinats und genießt darum Einblick in alle Abläufe und hat natürlich jederzeit Zugang zur Gärtnerei.
- **Fairness:** Die Mitarbeiter/innen des Kartoffelkombinats bekommen ein faires Gehalt, das ihrer Leistung entspricht und sich nicht daran bemisst, welche Preise sich an einem verzerrten Markt erzielen lassen.
- **Kleinräumige Strukturen:** Heute noch auf dem Feld vor den Toren Münchens, liegt das Gemüse morgen schon auf den Tellern. Kurze Transportwege ermöglichen es, wirklich reifes Gemüse zu ernten und so die Umwelt zu entlasten.

Das Kartoffelkombinat ist eine Genossenschaft. Es geht um den gemeinsamen Aufbau und langfristigen Erhalt einer unabhängigen, selbstverwalteten Versorgungsstruktur. Für die nächsten Jahre ist schon einiges geplant, um Schritt für Schritt eine „virtuelle Dorfgemeinschaft“ aufzubauen – in der es sich einfach gut leben lässt.

TEXT Simon Scholl
Kartoffelkombinat

FOTOS Fotolia,
Kartoffelkombinat





Nomaden und Landschaftspfleger

Der Finkhof zeigt uns die ökologische Schafzucht von heute

Keine Hierarchien, kein privates Eigentum, keine Zwischenhändler – so hatten sich die jungen Gründer der Schäfereigenossenschaft Finkhof ihre Grundprinzipien auf die damals roten Fahnen geschrieben. 1971 hatte sich auf dem Finkhof im Allgäuer Isny eine politisch aktive Wohngemeinschaft etabliert, die einige Jahre später beschloss, zur Bestreitung des kollektiven Lebensunterhaltes eine Schafzucht aufzubauen. Und da die Gruppe mit den ökologischen Vorzügen der Wanderschäferei sympathisierte, nahm sie sich den nomadisierenden Schäfer und den Marktgänger zum Vorbild, der Wolle und Fleisch direkt und ohne Zwischenhandel auf regionalen Märkten verkauft. Es galten gleiche Rechte und Pflichten für jeden – die typischen Merkmale einer Kommune.

Zehn Jahre später war die Gruppe bereits auf 30 Menschen, die Herde auf 700 Mutterschafe angewachsen. Die zentralen Arbeitsbereiche Versand und Schäferei waren durch Näherei, Färberei und Weberei ausgeweitet worden. Außerdem hatte man einen kleinen Hofladen eröffnet. Heute nimmt der Betrieb sogar Wolle und Felle von anderen regionalen Schäfereien hinzu, da der eigene Bestand nicht mehr ausreicht.

Aktiver Naturschutz durch Landschaftspflege

Neben diesem außergewöhnlichen Aufzug eines Betriebes zeichnet den Finkhof aber noch etwas anderes aus. Statt Anbauflächen zu besetzen oder die Tiere auf eigentlich mähbarem Grund weiden zu lassen, betreibt die Genossenschaft mit ihrer Schafzucht Landschaftspflege in Naturschutzgebieten.

Das funktioniert folgendermaßen: In Zusammenarbeit mit örtlichen Naturschutzgruppen erhält der Betrieb Pflegeaufträge für bestimmte Flächen. Anfangs trieb der Schäfer seine Tiere noch in die steilen österreichischen Alpen, vor 20 Jahren wurde die Sommerweide dann in die Schwäbische Alb verlegt. „Früher gab es mehr Schafweiden, aber viele sind der Landwirtschaft gewichen“, erzählt Bernhard Erhard, langjähriger Schäfer des Finkhofs. Die Flächen in der Schwäbischen Alb

aber – Wacholderheiden und Magerrasen-Biotope – können aufgrund der Vegetation und des mageren Bodens nicht landwirtschaftlich genutzt werden. Und die kostengünstigste und ökologischste Weise zur Vermeidung von Verbuschung und Verwilderung dieser Flächen ist eben die Beweidung. Die typische Flora und Fauna kann so erhalten bleiben.

Aus Stoffresten werden Fellschuhe

Seit 1990 ist der Finkhof außerdem ein Biolandbetrieb. Das bedeutet unter anderem, dass die Schafe ausschließlich auf anerkannten Bio-Landflächen weiden dürfen. „Manchmal müssen wir die Schafe bei der Wanderung sogar verladen, da sie sonst anderweitige Flächen passieren würden“, erklärt Erhard. 2001 trat die Genossenschaft schließlich auch noch dem IVN, dem Internationalen Verband der Naturtextilwirtschaft, bei. Der IVN verfügt über einen umfangreichen Richtlinienkatalog, der von umweltverträglicher Verarbeitung über sozial verantwortliche Herstellung bis hin zur Kennzeichnung der Endprodukte reicht.

„Unsere Wolle wird zum Beispiel nicht mit Insektiziden ‚gebadet‘“, erläutert Erhard. Nichts wird weggeworfen, aus Stoffresten werden Fellschuhe, Rückenwärmer oder Fahrradsattelbezüge genäht. Die Pflanzenfärberei verwendet unter anderem Zwiebeln, Indigo und Koschenillen-Läuse zur Färbung der Wolle.

Auf die Frage nach weiteren Projektplanungen winkt Erhard ab: „Wir haben schon genug.“ Viel wichtiger ist das Thema Zukunft. Was wird aus dem Finkhof, wenn die mittlerweile in die Jahre gekommenen Mitglieder und Mitbegründer nicht mehr weitermachen können? „Wir treten den Betrieb allmählich an die nächste Generation ab. Und der Nachwuchs wird bestimmen, was kommt und was wird.“

TEXT Ruth Böcher

FOTO Schäfereigenossenschaft Finkhof



Land Grabbing

Der Kampf um Ackerland und das Recht auf Nahrung

Der englische Begriff „Land Grabbing“ bezeichnet einen globalen Prozess, bei dem sich Banken, Investmentfonds, Pensionskassen, Agrarkonzerne sowie Nationalstaaten und nationale Eliten die Kontrolle über große Landflächen sichern. Oftmals vermischen sich die genannten Akteure, wenn beispielsweise ein nationaler Agrarbusinesskonzern durch internationale Geldgeber mitfinanziert wird.

Es ist mittlerweile weitgehend anerkannt, dass Land Grabbing kein wirklich neues Phänomen ist, sondern vielmehr die jüngste Welle einer Jagd nach Land und den damit verbundenen Ressourcen wie Wasser oder Holz. Man muss diese Welle im Kontext, genauer noch als Antwort des Zusammentreffens einer ganzen Reihe globaler Krisen betrachten: der Klimakatastrophe, der Nahrungsmittelpreis-krise, der Energie- (oder Öl-) Krise und der Finanzkrise. Die Finanzwelt sucht nun nach neuen Investitionssektoren und -modellen.

Politik und Wirtschaft wollen unter dem Schlagwort „Bioökonomie“ fossile Ressourcen schrittweise durch nachwachsende Pflanzen vom Acker ersetzen, um diese etwa zur Herstellung von Bioenergie oder Bioplastik zu nutzen. Die Ernährungsindustrie will ange-

sichts steigender Preise für Agrarrohstoffe selbst in den Anbau einsteigen. Neu sind daher Umfang, Geschwindigkeit und die breite Palette beteiligter Akteure.

Die rasante Zunahme hat deshalb mehr Konkurrenz und eine größere Anzahl von Konflikten um Land zur Folge. Dies beinhaltet auch einen beschleunigten Prozess der Landkonzentration. Ein Rechenbeispiel: 1087 weltweit dokumentierte Fälle von Land Grabbing führten zu einem Transfer von 40 Millionen Hektar Land und damit einer durchschnittlichen Größe von 37.000 Hektar-Megafarmen – das entspricht etwa 37.000 Fußballfeldern. Die Kontrolle über Landflächen, Lebensgrundlage aller Menschen, konzentriert sich in den Händen weniger Akteure, was letztendlich grundsätzliche Fragen zu Demokratie, Machtkonzentration und Erpressbarkeit einer Gesellschaft aufwirft.

Konflikte in Kambodscha

Kambodscha ist ein trauriger Hot Spot des Land Grabbing. Weit über zwei Millionen Hektar Land wurden in wenigen Jahren als sogenannte „Economic Land Concessions“ an Investoren vergeben. Das entspricht mehr als der Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Kambodschas. Laut Menschenrechtsorganisationen vor Ort sind mindestens 600.000 Menschen negativ von Landkonflikten betroffen. Im Zug der Vergabe von knapp 100.000 Hektar Landkonzessionen an nationale und internationale Zuckerkonzerne wurden umfangreiche Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Menschen wurden teilweise brutal von ihrem Land vertrieben und verloren den Zugang zu Wasser und Weidegebieten.

Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Seit 2009 kann kambodschanischer Zucker unter der sogenannten „Everything but Arms“-Handelsinitiative (EBA) zollfrei in die EU importiert werden. Durch diese Initiative will die EU „die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern [...] fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen“. Und EBA zeigte Wirkung: Zuckerkonzerne sicherten sich bestes Agrarland und die Zuckerexporte Kambodschas explodierten regelrecht von nahezu null auf Exporte im Wert von 38 Millionen Euro in 2013 – alles in die EU. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, das uns die bedeutende Rolle Europas und damit unsere Verantwortung für diese globale Jagd nach Land vor Augen führt.

Ein weiteres Beispiel ist die deutsche Entwicklungshilfe. In Sambia finanzieren das Entwicklungsministerium BMZ und KfW zusammen mit der Deutschen Bank einen Finanzinvestor mit Sitz auf Mauritius (Chayton Africa), der sich über seine sambische Tochter etwa 13.000 Hektar Land gesichert hat. Die DEG, die Bank für Privatwirtschaftsförderung der KfW-Gruppe, in deren Aufsichtsrat die Leitung des BMZ den Vorsitz innehat, erwarb mit 25 Millionen Euro Anteile an einem Agrarkonzern in Paraguay (Payco), der aktuell 135.000 Hektar Land sein eigen nennt. Hier kämpfen Kleinbauern und Landlose seit vielen Jahren für die in der Verfassung verankerte Umverteilung von Land. In Sambia hat die DEG mit 25 Millionen US-Dollar den größten dortigen Agrobusinesskonzern Zambeef, der aktuell etwa 100.000 Hektar Land in Sambia hält, finanziert.

Wie auch auf internationaler Ebene stellen Regierung und Investoren diese Landnahmen als Strategien der Armutsbekämpfung und Entwicklung des ländlichen Raums dar. Fakt ist jedoch, dass neben Menschenrechtsverletzungen wie gewaltsamen Vertreibungen, Zerstörungen von Reisfeldern oder der Verlust des lebensnotwendigen Zugangs zu Wasser, Wäldern oder Weiden auf den neuen Mega-

plantagen sehr viel weniger Menschen Arbeit finden als in den bäuerlichen Strukturen. Viele Betroffene sind gezwungen, in die Slums der Städte abzuwandern und dort tagtäglich ums Überleben zu kämpfen.

Wem gehört das Land?

Das Recht auf Nahrung ist im Völkerrecht, insbesondere im UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert. Es beinhaltet, „dass sich Menschen dank ertragreicher Böden und sonstiger natürlicher Ressourcen unmittelbar selbst ernähren können.“ In der Tat ist die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung für den größten Teil der Menschen im Globalen Süden direkt an den Zugang zu Land gekoppelt. Nicht selten sind 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig.

Basierend auf diesem Kerngehalt des Rechts auf Nahrung sowie den allgemeinen Menschenrechtsprinzipien müssen daher die marginalisierten ländlichen NahrungsmittelherzeugerInnen wie Viehhalter, Kleinbauern, Fischer, Landlose, Frauen, Kinder oder indigene Gemeinschaften direkt gefördert und unterstützt werden. Dies steht im deutlichen Widerspruch zu den genannten Beispielen, bei denen diese Gruppen absichtlich ignoriert

werden und im besten Falle die Hoffnung auf positive Nebeneffekte gesetzt wird.

Beim Land Grabbing geht es damit letztendlich darum, wer die Kontrolle über das Land besitzt – wenige Eliten und Konzerne oder die lokale Bevölkerung? Aus menschenrechtlicher Sicht ist die Antwort klar: Der existierenden Marginalisierung und Diskriminierung muss entgegengewirkt werden. Dies geschieht nur, wenn die Bevölkerung über genügend Land verfügt, um sich selbst ernähren zu können. Ihre Lösungsstrategien, wie etwa Ernährungssouveränität und agrarökologische Ansätze, müssen dabei ins Zentrum gestellt werden. Diese Konzepte beantworten nicht nur die Frage nach globalen Produktionsmengen, auf die sich Hungerdebatten sonst gerne beschränken. Sie geben auch Antwort auf Fragen nach der sozialen Teilhabe, der Selbstbestimmung und einer echten sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit.

TEXT Roman Herre
FIAN Deutschland

FOTOS FIAN International,
Astrud Beringer / FIAN Philippines



Die Konzentration von Land in den Händen weniger Eliten und Konzerne steigt rasant. Doch die Kleinbauern vor Ort wehren sich gegen diese Entwicklung und kämpfen um ihr Recht auf Nahrung.

Kontakte

Referat für Gesundheit und Umwelt

Öffentlichkeitsarbeit
Bayerstraße 28a
80335 München
Tel.: 089-233-47 524
Fax: 089-233-47 508
oeffentlichkeitsarbeit.rgu@muenchen.de
www.muenchen.de/rgu

Ökologisches Bildungszentrum

Dr. Christian Suhomel
Englschalkinger Str. 166
81927 München
Tel.: 089-93 94 89 60
Fax: 089-93 94 89 81
mail@oebz.de
www.oebz.de

Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München

Klenzestraße 37/Rgb.
80469 München
Tel.: 089-202 38-111
Fax: 089-202 38-113
mail@bszm.de
www.bszm.de
www.lifeguide-muenchen.de
www.sinn-muenchen.de

Newsletter der Agenda 21

Regelmäßige Informationen zu Agenda-Terminen in München erhalten Sie im kostenfreien Newsletter unter www.muenchner-stadtgespraeche.de

Termine

Sa., 24. Mai, 12:00-21:00 Uhr

March against Monsanto

Am 24. Mai versammeln sich Aktivisten weltweit, um am „World Food Day“ gemeinsam gegen Monsanto zu protestieren. In Deutschland und in München richtet sich der Protest nicht nur gegen den amerikanischen Agrarkonzern Monsanto, sondern auch gegen die Agro-Gentechnik im Allgemeinen, die deutschen Biotech-Konzerne wie Bayer, BASF, KWS und weitere Gen-Firmen wie DuPont, Syngenta und Consorten. Auch das Umweltinstitut München e.V. beteiligt sich mit Redebeiträgen und einem Infostand an der Veranstaltung. Karlsplatz/Stachus, München
www.march-against-monsanto.com

Sa., 28. Juni, 14:00-17:00 Uhr

Bunte Gemüsevielfalt im Hausgarten

Wer kennt noch die großartige Vielfalt an Gemüsesorten? Alte, samenfeste Sorten sind im Handel kaum mehr zu finden. Nach einem Vortrag von Annette Holländer zur Geschichte von Kulturpflanzen und Sortenvielfalt sowie aktuellen Entwicklungen werden bei einem Gartenrundgang samenfeste Gemüsesorten und Sortenraritäten vorgestellt. Teilnehmerbeitrag 9 Euro, Anmeldung direkt per E-Mail bei Annette Holländer unter seminare@garten-des-lebens.de.
Ökologisches Bildungszentrum, Englschalkinger Straße 166
www.oebz.de



Impressum



Umweltinstitut
München e.V.

Herausgegeben vom Umweltinstitut München e.V.

Anschrift für Verlag, verantwortlichen Redakteur und Anzeigenverantwortlichen:

Umweltinstitut München e.V.

Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung

Landwehrstr. 64a

80336 München

Tel.: (089) 30 77 49-0

Fax: (089) 30 77 49-20

E-Mail: a21@umweltinstitut.org

Internet: www.umweltinstitut.org

Redaktion Joy Mann, Fabian Holzheid, Christina Hacker (verantwortlich)
Layout Joy Mann, Fabian Holzheid
Druck Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3
82346 Andechs
Versand axmax GmbH, Riederling
Auflage 15.000

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers und nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Zitieren erwünscht, bitte mit Quellenangabe!

Titelbild: Fotolia

Bild auf dieser Seite: Pixelio.de

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

23.06.2014

Gedruckt auf **100% Recyclingpapier**

Unterstützen Sie die Agenda-Zeitung!
Spenden Sie an folgendes **Spendenkonto**:
Umweltinstitut München e.V.
Bank für Sozialwirtschaft München
BLZ: 700 205 00 - Konto: 88 311 01
BIC: BFSWDE33MUE
IBAN: DE70700205000008831101
Stichwort AGENDA 21

Mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt
München
**Referat für Gesundheit
und Umwelt**

Die **Münchner Stadtgespräche** entstehen in Zusammenarbeit und mit Förderung des Referates für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München. Dieses Heft kann im Internet unter der Adresse www.muenchner-stadtgespraeche.de als PDF-Datei heruntergeladen werden.